

Anfrage an den
Herrn Bezirksvorsteher,
eingebracht in der Sitzung
der Bezirksvertretung
Wien-Donaustadt am 13.03.2019

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher!

Es ist zu bemerken, dass im Bezirk regelmäßig Entscheidungen über Verkehrsangelegenheiten getroffen werden, welche

- massive Auswirkungen auf die Bevölkerung haben,
- zuvor nicht in den Sitzungen der Bezirksvertretung behandelt wurden und
- den gewählten Mandataren nicht einmal zur Kenntnis gebracht werden.

Die betrifft insbesondere „verhältnismäßig kleine Angelegenheiten des Bezirkes“ wie bspw. 30er-Geschwindigkeitsbegrenzungen, Schutzwege, Einbahnführungen usw. welche in den betroffenen Bezirksteilen aber große Auswirkungen auf die Bewohner haben.

Die Freiheitlichen Bezirksräte in Donaustadt stellen dazu folgende Fragen und ersuchen um eine konkrete Antwort zu jedem Punkt.

- 1.) Wer trifft Entscheidungen wie oben angeführt?
- 2.) Was ist die Rechtsgrundlage dieser Entscheidungen?
- 3.) Wie wird die Bevölkerung über geplante Verkehrsmaßnahmen informiert?
- 4.) Warum werden Bezirksräte oder zumindest die Klubs der Fraktionen nicht über geplante Verkehrsmaßnahmen informiert?
- 5.) Können Sie sich eine Möglichkeit vorstellen, wie auch Bezirksräte über geplante Verkehrsmaßnahmen detaillierter im Voraus informiert werden können?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?
- 6.) Was ist Ihre Meinung zur derzeitigen Situation? Sieht so gelebte Bürgernähe aus?
- 7.) Welche Handlungen und Maßnahmen haben Sie in Ihrer Funktion als Bezirksvorsteher bisher gesetzt, um eine Verbesserung dieser Situation zu erreichen?

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann